

Programme der Parteien am linken Rand des politischen Spektrums bei den Europawahlen 2019

(7. Mai 2019)



Deutsch-
Französisches
Institut

Ausgangssituation: Im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2017 erreichte Jean-Luc Mélenchon als Kandidat der Bewegung La France insoumise (dt.: das unbeugsame Frankreich) knapp 20 % der Stimmen und damit 13 % mehr als der von Europe Écologie Les Verts (EELV) und der Parti socialiste (PS) unterstützte Benoît Hamon. Angespornt von diesem Erfolg versucht Mélenchon seitdem La France insoumise (FI) in Frankreich als einzige relevante Kraft des linken politischen Spektrums zu etablieren und wies mehrfach Kooperationsangebote anderer Gruppierungen zurück. Bei den Europawahlen tritt FI folglich mit einer eigenen Liste an, ihre Spitzenkandidatin ist die frühere Sprecherin der Nichtregierungsorganisation Oxfam France, Manon Aubry (* 1989). Die Parti communiste français (PCF), die 2012 und 2017 zur Wahl Mélenchons als Präsidenten aufgerufen hatte, wollte zu den von FI vorgegebenen Bedingungen nicht länger mit dieser Bewegung zusammenarbeiten und hat für die Europawahlen eigene Kandidaten aufgestellt, an erster Stelle steht Ian Brossat (* 1980), der in Paris als stellvertretender Bürgermeister für Wohnungsfragen zuständig ist.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede: Das Programm der PCF ist nicht sehr umfangreich und besteht aus recht vage formulierten Vorschlägen, die fast alle auch im wesentlich detaillierteren Programm der FI erscheinen. Im Folgenden werden deshalb die Vorschläge der letzteren Gruppierung behandelt.

Wie schon in den Wahlkämpfen von 2017 tritt FI für eine Änderung der europäischen Verträge ein, da diese die Grundursache für eine vom Kapitalismus dominierte EU seien. Bei der Neuverhandlung der Verträge sollen eine Harmonisierung der sozialen und steuerlichen Rahmenbedingungen innerhalb der EU erreicht und ein ökologischer und solidarischer Protektionismus sowie eine Umverteilungspolitik eingeführt werden. Die europäische Zentralbank (EZB) soll in Zukunft Beschäftigung und ökologischen Wandel fördern und die Möglichkeit erhalten, Schulden von EU-Mitgliedsländern aufzukaufen. Gleichzeitig soll es ihr verboten werden, Mitgliedsländern die Liquidität zu entziehen. Ähnlich wie der Rassemblement National (RN) vertritt FI die Position, dass die EU-Kommission und die EZB zu viel Macht haben und sie missbrauche, um Druck auf die nationalen Regierungen auszuüben, z.B. indem sie sie zwänge, Strukturreformen umzusetzen, um EU-Gelder ausbezahlt zu bekommen. Deshalb sollen nationale Parlamente die Möglichkeit erhalten, europäische Gesetzestexte zu blockieren.

Erweiterungen der EU um weitere Mitgliedsländer dürften nur unter der Voraussetzung erfolgen, dass das Sozial-, Umwelt- und Finanzrecht dieser Länder mit den in der EU geltenden Bestimmungen harmonisiert werden, andernfalls führe eine EU-Erweiterung nur zur Ausweitung des wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes und des Sozialdumpings. Um die Situation der Arbeitnehmer zu verbessern, soll die Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern abgeschafft und in jedem EU-Land ein Mindestlohn eingeführt werden, der 75 % des dortigen Durchschnittslohns entspricht. Außerdem soll europaweit die maximal erlaubte Arbeitszeit pro Woche gesenkt und ein Maximallohn eingeführt werden: Der Bestverdienende soll nur 20mal so viel verdienen dürfen wie derjenige, der am schlechtesten verdient. Jeder 16 - 25jährige Europäer soll das Anrecht auf eine Förderung bekommen, die ihm erlaubt, ein Jahr lang in einem anderen europäischen Land zu studieren, zu arbeiten oder sich fortzubilden.

Um die Abwanderung aus ärmeren Ländern in die EU zu reduzieren, sollen die Fluchtursachen vor Ort bekämpft und dafür auch Handelsabkommen mit Entwicklungsländern gekündigt werden, die zur Folge haben, dass dort Arbeitsplätze abgebaut werden und die landwirtschaftliche Produktion zurückgeht. Eine zivile europäische Eingreiftruppe soll künftig dafür sorgen, dass auf dem Weg nach Europa keine Flüchtlinge mehr im Mittelmeer ertrinken, gleichzeitig sollen die europäischen Außengrenzen nicht mit immer mehr Mitteln zu militärischen Befestigungsanlagen ausgebaut werden. Abkommen mit nichtdemokratischen Staaten wie der Türkei und Libyen, die auf ihrem Territorium Flüchtlinge am Weiterzug in EU-Länder hindern, sollen aufgekündigt, parallel dazu europaweit gemeinsame Regeln zur Gewährung von Asyl eingeführt werden. Für eine würdige Betreuung von Asylanten sollen EU-Mittel eingesetzt werden. Ein EU-Programm soll Flüchtlinge dabei unterstützen, in ihre Heimatländer zurückzukehren, sofern die Situation dort als sicher eingestuft werden kann.

Die FI-Vorschläge für eine verbesserte Nachhaltigkeit decken sich in vielen Punkten mit denen von EELV: U.a. soll bis 2050 der Ausstoß von Treibhausgasen auf eine Menge reduziert werden, die das Ökosystem auffangen kann, bis 2030 sollen 45 % der Energiebedürfnisse aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Europaweit soll die Atomenergie aufgegeben und eine CO₂- und Kerosin-Steuer eingeführt werden. Die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen, die für die Energieversorgung oder die Verkehrsinfrastruktur (Staudämme, Bahn usw.) notwendig sind, müsse gestoppt werden. Die gemeinsame Agrarpolitik soll eine qualitativ hochwertige Ernährung zum Ziel haben und eine nachhaltige und ökologische Landwirtschaft fördern.

Aussichten: Unter dem Namen Front de gauche haben beide Parteien gemeinsam bei den Europawahlen 2014 in Frankreich einen Stimmenanteil von 6,6 % und damit 4 Abgeordnetenmandate erzielt. Drei Anfang Mai veröffentlichte Umfragen prognostizieren für FI am 26. Mai einen Stimmenanteil zwischen 8 % und 9,5 %, für die PCF einen Anteil zwischen 2,5 % und 3,5 %.